

A2 Zeit für einen Klimakanzler!

Antragsteller*in: KV Südthüringen
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Warum wir für Klimagerechtigkeit kämpfen

2 Stürme, Dürren, Brände: Laut Weltwetterorganisation tritt Extremwetter heute
3 vier bis fünfmal häufiger auf als noch in den 1970er-Jahren. Bei der
4 Flutkatastrophe im vergangenen Juli kamen in Deutschland knapp 200 Menschen ums
5 Leben, das Hochwasser verursachte Schäden in Milliardenhöhe. - Der
6 menschengemachte Klimawandel und seine Auswirkungen gehören längst zu unserem
7 Alltag.

8 Deshalb haben sich 2015 194 Staaten und die Europäische Union mit dem Pariser
9 Abkommen auf einen Neustart in der internationalen Klimapolitik geeinigt und
10 streben an, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2
11 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu
12 unternehmen, um den Temperaturanstieg bei 1,5 Grad zu stoppen. Dennoch warnt der
13 Weltklimarat (IPCC): Bereits 2030 könnte sich der Planet im Vergleich zum
14 vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad erwärmt haben – deutlich schneller also,
15 als man bisher angenommen hatte!

16 Die Klimakrise ist für uns eine Gerechtigkeitskrise: Während die
17 Industriestaaten maßgeblich zur Erderwärmung beigetragen haben und dies immer
18 noch tun, sind die Hauptbetroffenen die Menschen in der Dritten Welt.

19 Klimaschutz ist für uns zuallererst ein gewaltiges Industrieprojekt. Wir wehren
20 uns dagegen, die Verantwortung für den Klimaschutz auf Einzelpersonen
21 abzuwälzen. Wenn Menschen ihr Verhalten klimabewusst ändern, beispielsweise
22 ihren Fleischkonsum reduzieren oder vom Auto auf die Bahn umsteigen, ist das
23 zwar ein wichtiger Beitrag. Gleichzeitig wissen wir, dass die Klimakrise nur
24 bewältigt werden kann, wenn wir unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen. Wir
25 stehen vor einer neuen industriellen Revolution, die fossile
26 Wirtschaftsstrukturen überwinden und gute Arbeit in einer dekarbonisierten
27 Wirtschaft ermöglichen muss.

28 Wie eine verfehlte Politik Arbeitsplätze vernichten kann, hat Deutschland in der

29 Solarindustrie erlebt. Die rot-grüne Bundesregierung sorgte Anfang der 2000er
30 dafür, dass Deutschland zum Weltmarktführer aufstieg. Dank Schwarz-Gelb gingen
31 später in der deutschen Solarbranche viermal mehr Jobs verloren, als heute noch
32 Menschen in der Braunkohleindustrie beschäftigt sind. Wir kämpfen deshalb für
33 eine Politik, die gute Arbeit und konsequenten Klimaschutz nicht als Gegensätze
34 versteht. Vielmehr sehen wir eine gescheiterte Klimapolitik als große Gefahr für
35 den Wirtschaftsstandort Deutschland.

36 Unsere Klimapolitik orientiert sich am global noch verfügbaren CO₂-Budget.
37 Dieses bezeichnet die CO₂-Emissionen, die von der Menschheit noch verursacht
38 werden dürfen, um eine globale Erwärmung von 1,5 Grad nicht zu überschreiten.
39 Die Verteilung dieses Budgets auf einzelne Staaten, insbesondere auch mit Blick
40 auf die historisch hohen Emissionen der Industriestaaten, ist eine politisch
41 hoch umstrittene Frage und kann nicht alleiniger Maßstab für klimapolitisches
42 Handeln sein. Verteilt man die global noch verfügbaren Restemissionen pro Kopf
43 ergäbe sich daraus ab Anfang 2020 für Deutschland noch ein Budget von 4,2
44 Gigatonnen CO₂. Dieses Budget erkennen wir als transparentesten
45 Gerechtigkeitsmaßstab an und streben an, dieses nationale Budget nicht zu
46 überschreiten.

47 Mit Blick auf die vielen offenen Fragen hinsichtlich des nationalen
48 Budgetansatzes sieht das Pariser Abkommen explizit eine Abweichung davon vor und
49 enthält in seinem Kern die Möglichkeit, Klimaschutzmaßnahmen in anderen Staaten
50 zu finanzieren und so die maximale ökonomische Effizienz bei der
51 Emissionsvermeidung zu erreichen. Diesem Mechanismus schließen wir uns an. Klar
52 ist aber auch: Regelungen zur globalen Emissionsvermeidung dürfen nicht zur
53 Ausrede für die Industriestaaten für heimisches Nicht-Handeln verkommen. Mit
54 Blick auf die besonders hohe Klimaschuld Deutschlands, als historisch
55 viertgrößter Emittent von Treibhausgasen, und seine besonderen Bedingungen als
56 reicher Staat, streben wir deshalb die Klimaneutralität der Bundesrepublik bis
57 2035 an.

58 **Was wir wollen**

59 **1. Sozialwende**

60 Als Sozialdemokrat:innen sehen wir den Klimaschutz als Chance - Kluge
61 Klimapolitik sichert und schafft Jobs, höhere Löhne sowie gute
62 Arbeitsbedingungen. Dafür braucht es jetzt mutige Entscheidungen. Die 2020er
63 Jahre müssen ein Investitionsjahrzehnt werden: Mit Investitionen in
64 klimaneutrale Industrieanlagen, Energieversorgung, Mobilität, Gebäudesanierung
65 und Wasserstoffinfrastruktur entstehen hunderttausende neue Arbeits- und
66 Ausbildungsplätze im ganzen Land.

67 Gleichzeitig stehen die Beschäftigten z.B. im Kohlebergbau, der

68 Automobilherstellung oder der Stahl- und Elektroindustrie vor großen
69 strukturwandelbedingten Herausforderungen. Wir wollen dabei niemanden allein
70 lassen, sondern die Aufgaben als Gesellschaft solidarisch schultern.
71 Beschäftigte in diesen Industrien sollen weiterhin von sicheren Jobs profitieren
72 und ihren Lebensstandard halten und verbessern können. Deswegen fordern wir ein
73 Recht auf Weiterbildung verknüpft mit einer Einkommensgarantie – ein erster
74 Schritt in diese Richtung ist das Transformationskurzarbeiter:innengeld.

75 Seit Anfang 2022 gibt es in Deutschland einen nationalen CO₂-Preis auf fossile
76 Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich. Zunächst mit 25 Euro pro Tonne CO₂
77 startend, soll dieser Preis schrittweise erhöht werden und 2025 55 Euro pro
78 Tonne erreichen. In der Zeit danach soll die Bepreisung mit einem
79 Emissionshandel und festen Preiskorridoren erfolgen.

80 Die CO₂-Bepreisung halten wir für ein wichtiges und effektives Instrument, um
81 einen Anreiz für klimafreundliche Technologien zu setzen und
82 Treibhausgasemissionen zu senken. Sie kann aber auch Ungerechtigkeiten
83 verschärfen, weil sie insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen
84 belastet. Das wollen wir ändern und den CO₂-Preis zu einem echten
85 Umverteilungsinstrument machen!

86 Damit er eine stärkere Steuerungswirkung entfaltet, muss der CO₂-Preis bereits
87 ab dem 1. Januar 2023 auf mindestens 60 Euro pro Tonne erhöht werden und
88 möglichst schnell einen Wert von 195 Euro erreichen – denn so hoch liegen laut
89 Schätzung des Umweltbundesamtes die langfristigen Folgekosten einer Tonne CO₂.
90 Perspektivisch stellen wir uns eine Einbindung in einen europäischen
91 Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr vor, den die Europäische
92 Kommission im Sommer vorgeschlagen hat.

93 Diese Erhöhungen müssen aber sozial abgefedert werden und dürfen nicht ihre
94 Lenkungswirkung verfehlen: So wollen wir aus den Einnahmen des CO₂-Preises die
95 EEG-Umlage vollständig abschaffen und die Stromsteuer und die Umsatzsteuer
96 deutlich senken, damit strombasierte Technologien wie die Elektromobilität oder
97 Wärmepumpen („Sektorenkopplung“) attraktiver werden. Ergänzend soll ein
98 Klimawohnngeld dafür sorgen, dass sich Wohngeldempfänger:innen auch neue oder
99 sanierte Wohnungen leisten können und investitionsbedingte Mieterhöhungen nicht
100 zu sozialen Verwerfungen führen. Außerdem müssen die Mehrkosten durch den CO₂-
101 Preis beim Heizen vollständig von den Vermieter:innen getragen werden – denn nur
102 sie können eine umweltfreundliche Heizungsanlage einbauen!

103 Die Entfernungspauschale wollen wir in ein Mobilitätsgeld umwandeln. Die
104 geltende Pauschale von 30 Cent pro Kilometer Entfernung zum Arbeitsplatz
105 reduziert das zu versteuernde Einkommen - wer viel verdient, profitiert mehr.
106 Das Mobilitätsgeld von 10 Cent pro Entfernungskilometer soll hingegen direkt von
107 der

108 Steuerlast abgezogen werden. Der finanzielle Vorteil für Besserverdienende würde
109 damit zugunsten der Geringverdienenden aufgehoben.

110 Darüber hinaus wollen wir die verbleibenden Einnahmen aus dem CO₂-Preis mit
111 einer Pro-Kopf-Klimaprämie an die Bürger:innen zurückerstatten und so einen
112 kurzfristigen Umverteilungseffekt erzielen. Denn es sind vor allem Wohlhabende,
113 die am meisten zur Klimakrise beitragen!

114 **2. Energiewende**

115 Die Grundlage für das Erreichen von Klimaneutralität ist eine vollständig
116 erneuerbare Energieversorgung. Der gesamte Energiebedarf der Energiewirtschaft,
117 des Verkehrs, der Gebäudeheizung und der Industrie muss durch einen Mix aus 100%
118 regenerativer Energie gedeckt werden. Diese Umstellung verändert das
119 Energiesystem grundlegend: Weg von einem fossilen, zentralen und starren, hin zu
120 einem erneuerbaren, dezentralen und flexiblen Energiesystem.

121 Für uns ist die Energiewende deshalb nicht einfach nur eine klimapolitische
122 Notwendigkeit oder ein technisches Konzept, sondern auch eine grundlegende
123 sozialdemokratische Idee: Die Erzeugung und der Transport von Energie gehören
124 nicht in die Hände großer Konzerne, sondern müssen dem Gemeinwohl dienen. Unsere
125 Energiewende geschieht von Bürger*innenhand!

126 Deutschland steht heute gut da: 17% des Primärenergiebedarfs werden bereits aus
127 Erneuerbaren Energien gedeckt, beim Strom sind es sogar 46%. Jetzt braucht es
128 neue Impulse, um die bisher reine Stromwende zu einer echten Energiewende zu
129 machen und auch in den Bereichen Verkehr, Wärme und Industrie den Erneuerbaren
130 zügig zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür ist ein neues System der Steuern und
131 Abgaben am Energiemarkt notwendig, ebenso wie ein klarer Fahrplan für den Ausbau
132 der Erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur, der eine
133 vollständig erneuerbare Energieversorgung bis 2035 ermöglicht.

134 Die Umstellung auf ein vollständig erneuerbares Energiesystem birgt die
135 Notwendigkeit, aber auch die Chance, den Primärenergiebedarf massiv zu senken
136 und aus heimischen Quellen zu decken. 2020 wurden noch knapp 3250 TWh an Energie
137 für die Bereiche Strom, Gebäudeheizung, Mobilität und Industrie verbraucht,
138 wovon knapp 70% importiert wurden. Ein vollständig erneuerbares Energiesystem
139 kommt, einer kürzlich erschienen Studie des DIW zufolge, hingegen mit gut 1200
140 TWh aus. Das gelingt durch den Ausstieg aus ineffizienten Verbrennungsprozessen
141 mit fossilen Energieträgern und den Einstieg in die direkte Nutzung von
142 erneuerbar erzeugtem Strom in Form von Power-To-X-Technologien im Rahmen der
143 Sektorenkopplung, die zu erheblichen Effizienzgewinnen führen. Gleichzeitig sind
144 wir aber überzeugt, dass es auch tatsächliche Effizienzgewinne durch eine
145 Umstellung unseres Wirtschaftssystems auf eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft
146 dringend braucht.

147 Während der Primärenergiebedarf deutlich sinkt, wird der Strombedarf durch die
148 Sektorenkopplung in den nächsten Jahren z.B. durch Wärmepumpen, Elektromobilität
149 oder Wasserstoff massiv ansteigen. Angelehnt an die aktuelle Studienlage und um
150 einen zusätzlichen Puffer für eine schneller Dekarbonisierung zu schaffen, gehen
151 wir von einem Anstieg des Strombedarfs auf mehr als 700 TWh bis 2030 und über
152 1200 TWh beim Erreichen einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung im Jahr
153 2035 aus. An diesen Zielen muss sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien
154 orientieren und bis 2030 zu mindestens 80% und bis spätestens 2035 zu 100% den
155 Strombedarf

156 decken. Um die Ziele tatsächlich zu erreichen, muss das jährliche Energiewende-
157 Monitoring der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit allen großen Instituten des
158 Landes eine ständig angepasste Prognose über den künftigen Primärenergie- und
159 Strombedarf enthalten, um auf aktuelle Entwicklungen unmittelbar reagieren zu
160 können.

161 Um unseren Energiebedarf in allen Sektoren künftig erneuerbar decken zu

162 können, ist braucht der Ausbau der Erneuerbaren Energien im wahrsten Sinne des
163 Wortes mehr Power. Wir streben dafür einen Energiemix aus Wind, Sonne,
164 Wasserkraft, Biomasse und Geothermie sowie die Koppelung an eine Power-To-X-
165 Wirtschaft an.

166 Doch: Mit den unübersichtlichen Regeln des aktuellen Erneuerbare-Energien-
167 Gesetzes (EEG) und einem Wirrwarr aus Ausschreibungen, Direktvermarktungen,
168 Stromkaufvereinbarungen (sogenannte Power-Purchase Agreements oder PPAs) und
169 Förderungen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren nicht schnell genug
170 vorantreiben können. Deshalb streben wir eine Rückkehr zu den Anfängen des EEG
171 und feste staatliche Einspeisevergütungen an Stelle von Ausschreibungen an. Das
172 macht es für Bürger*innen und Genossenschaften wieder einfacher und attraktiver,
173 selbst die Erneuerbaren auszubauen, statt die Energiewende großen Konzernen zu
174 überlassen. Waren die hohen Fördersummen für die Einspeisevergütung der
175 Erneuerbaren Energien Anfang des Jahrtausends noch ein echter Preistreiber, sind
176 die Erneuerbaren heute die günstigste Form der Energieerzeugung, sodass sie mit
177 sehr geringen oder sogar ganz ohne Fördersummen auskommen.

178 Wir wollen mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der
179 nötigen Flächenausweisung und der Direktförderung den Ausbau der Erneuerbaren
180 Energien deutlich beschleunigen und jährliche Mindestausbauziele statt
181 Höchstgrenzen festlegen. Bei Zielverfehlung steigen die Einspeisevergütungen,
182 bei Zielerreichung sinken sie – so erreichen wir den nötigen Ausbau sicher und
183 zu ökonomisch opportunen Kosten.

184 Konkret erachten wir einen Ausbau der installierten Photovoltaik-Leistung auf
185 mindestens 150 GW, der On-Shore Windenergie auf mindestens 100 GW und der Off-

186 Shore Windenergie auf 25 GW bis 2030 für nötig, um unser Ziel einer vollständig
187 erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 zu erreichen.

188 Um das zu erreichen, wollen wir im Bereich der On-Shore Windenergie deutlich
189 mehr Flächen bereitstellen - und zwar durchschnittlich 2% der Landes- und
190 Gemeindeflächen. Genehmigungsverfahren müssen verkürzt und vereinfacht werden,
191 Instrumente zur Vorplanung in Windvorranggebieten stärker genutzt und
192 artenschutzrechtliche Vorgaben bundesweit vereinfacht werden: Die Genehmigung
193 eines Windparks darf in Zukunft nicht mehr sechs Jahre dauern, sondern muss in 6
194 Monaten gelingen!

195 Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen in den Standortgemeinden zu stärken,
196 wollen wir Teilhabe der Bürger:innen sowohl finanziell wie auch im Prozess
197 ausweiten und dafür sorgen, dass im Sinne einer echten Bürger:innen-Energiewende
198 vor allem die Kommunen profitieren.

199 Windenergieanlagen auf dem Meer haben große Vorteile, denn sie liefern
200 verlässlich und nahezu über das gesamte Jahr Strom. Mittlerweile kann Strom aus
201 Offshore-Anlagen ohne EEG-Förderung erzeugt werden und ist ideal für die
202 Herstellung von grünem Wasserstoff. Zwar sind bis 2030 20 Gigawatt Leistung
203 geplant, ein Großteil allerdings erst Ende des Jahrzehnts. Das ist zu langsam.
204 Im selben Zeitraum müssen 25 Gigawatt erreicht werden. Um das zu schaffen,
205 braucht es ausreichend Raum für Offshore-Windparks. Die Netzanbindung muss
206 sichergestellt, die Flächenentwicklungspläne für Nord- und Ostsee unverzüglich
207 angepasst werden: Wir schlagen vor, Konflikte in der Nutzung mit anderen
208 Akteur:innen und zuständigen Verbänden zu lösen, also Vertreter:innen aus
209 Schifffahrt, Militär, Fischerei und Naturschutz in die Planungen einzubeziehen.
210 Außerdem soll Deutschland zügig in Verhandlungen mit Dänemark und den
211 Niederlanden zur Umsetzung gemeinsamer Offshore-Projekte einsteigen.

212 Solarenergie ist eine zentrale Säule der Energiewende. Auch hier braucht es
213 deutlich mehr Tempo: Ende 2020 waren etwa 54 Gigawatt Photovoltaik in
214 Deutschland installiert, bis 2030 ist mindestens eine Verdreifachung notwendig.
215 Grundsätzlich gilt: Versiegelte Flächen vor! Wir wollen deshalb eine
216 Solarpflicht für Neubauten sowie Dachsanierungen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden
217 inklusive Parkplätzen einführen. Innovative Formen wie Fassaden-,
218 Lärmschutzwand- und Agrarphotovoltaik wollen wir durch separate Einspeisetarife
219 fördern. Über die Standorte von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen die
220 Kommunen künftig allein entscheiden und von den Ländern fachliche Unterstützung
221 bei der Ausweisung erhalten.

222 Das Ziel einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 bedeutet
223 auch: Ein Kohleausstieg bis 2038 ist zu spät. Deutschland muss bis 2030 komplett
224 aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Wahrheit gehört: Durch den starken
225 Anstieg des CO₂-Preises im europäischen Emissionshandel und verbunden mit einem

226 künftigen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien wird der Betrieb von
227 Kohlekraftwerken für die Kraftwerksbetreiber:innen bereits bis 2030 nicht mehr
228 wirtschaftlich darstellbar sein. Der Markt ist hier schneller als die Politik.

229 Gerade als Sozialdemokrat:innen müssen wir ehrlich mit den Anwohner:innen von
230 Kohleregionen wie der Lausitz und den Beschäftigten umgehen: Die von der
231 Bundesregierung beschlossenen Strukturwandelhilfen müssen schneller eingesetzt,
232 gegebenenfalls erhöht und in Verkehrsinfrastruktur, den Aufbau neuer Industrien
233 und Arbeitsplätze investiert werden. Halten wir an den politisch vereinbarten
234 Zielmarken fest, wird der Strukturwandel scheitern!

235 Gleichzeitig gilt aber auch: Einen politisch auf 2030 festgesetzten
236 Kohleausstieg lehnen wir ab, da daraus die Notwendigkeit zusätzlicher
237 Entschädigungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber:innen als Konsequenz aus der
238 Energy Charter Treaty resultiert. Statt großen Unternehmen ihre in fragwürdigen
239 Investitionsschutzabkommen zugesicherten Entschädigungen zu erhöhen, wollen wir
240 lieber in den Strukturwandel und den Ausbau der Erneuerbaren investieren und so
241 bereits bis 2030 für vitale und klimaneutrale Kohleregionen sorgen.

242 Am Atomausstieg halten wir fest.

243 Ohne Netzausbau geht gar nichts. Doch dieser kommt aktuell nur schleppend voran.
244 Schwerfällige Planungsverfahren und rechtliche Hürden führen sogar dazu, dass
245 fossil betriebene Kraftwerke als "staatliche Reserve" länger als nötig in
246 Betrieb bleiben. Um gegenzusteuern, müssen Übertragungsnetze so geplant und
247 gebaut werden, dass sie insbesondere den zusätzlichen Strom aus Offshore-
248 Windparks zuverlässig transportieren können.

249 Um die Netzauslastung zu optimieren und Strom für die Herstellung von grünem
250 Wasserstoff, das Aufladen von Elektroautos und den Betrieb von Wärmepumpen
251 flexibler und angepasst an die aktuelle Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu
252 verbrauchen („Spitzenglättung“), wollen wir den flächendeckenden Einbau
253 intelligenter Stromzähler („Smart Meter“) nicht erst bis 2032, sondern bereits
254 bis 2025 erreichen.

255 Einzelne Erneuerbare Energien sind nicht 24/7 gleichbleibend verfügbar: Sie sind
256 "Teampoker:innen", ergänzen sich und machen fossile Energieträger überflüssig –
257 solange für ausreichend Speicher gesorgt wird. Power-to-X bezeichnet
258 verschiedene Technologien zur Umwandlung und Speicherung von Stromüberschüssen,
259 wenn zum Beispiel die Sonne im Breisgau mal wieder tagelang scheint oder an der
260 Nordseeküste eine steife Brise weht. Diese Überschüsse können bei Bedarf
261 abgerufen werden, beispielsweise an bewölkten und windstillen Tagen. In
262 Forschung und Entwicklung von Power-to-X-Anlagen fließen bereits heute hohe
263 Fördersummen aus Deutschland und Europa, aber ihr Betrieb ist dennoch häufig zu
264 teuer. Damit diese Speicher reifen und billiger werden, müssen sie jetzt im

265 großen Stil eingesetzt werden. Deshalb wollen wir nicht nur die Forschung,
266 sondern auch den Betrieb solcher Anlagen staatlich fördern und streben an,
267 gespeicherten Strom von allen Abgaben und Umlagen zu befreien. Denn die
268 Speicherung von Energie ist eine notwendige Systemdienstleistung!

269 Darüber hinaus wollen wir die Versorgungssicherheit über die Spitzenglättung,
270 den Ausbau zusätzlicher zentraler Batteriespeicher und den Ausbau von
271 Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung unter dem Einsatz erneuerbarer Gase
272 sicherstellen und finanziell stärker honorieren als bisher.

273 Bei allen diesen Umstellungen wollen wir zurück zu unseren Wurzeln: Einer
274 Energiewende die aufs Konto der Bürger:innen einzahlt und ihnen mehr
275 Mitbestimmung eröffnet. Landauf, landab gibt es bereits vorbildliche Projekte
276 von Engagierten, die die Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen. Wir
277 möchten Ansätze wie Bürger:innenwerke, Energiegenossenschaften und
278 Mieter:innenstrommodelle fördern. Ihre Rahmenbedingungen sollen verbessert, ihre
279 Gründung vereinfacht werden - beispielsweise durch Unterstützung von
280 Stadtwerken. Unser Ziel lautet, die Energiewende so dezentral wie möglich zu
281 organisieren und nicht nur zur größten klimapolitischen Umstellung, sondern auch
282 zur größten Umverteilungsaktion in diesem Land zu machen!

283 **3. Wärmewende**

284 Die Wärmeversorgung ist der hidden champion beim Klimaschutz: So ist die
285 Wärmeversorgung für 40% des Endenergiebedarfs und ein Drittel der
286 Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch gerade in diesem Bereich sind mit
287 Blick auf die langen Investitionszyklen nur relativ langsame Umstellungen
288 möglich, sodass der Gebäudesektor 2020 sein im Bundes-Klimaschutzgesetz
289 festgelegtes Emissionsziel verfehlte! Umso schlimmer: Obwohl er gesetzlich zu
290 einem Sofortprogramm zur Zielerreichung ab dem nächsten Jahr verpflichtet ist,
291 hat Horst Seehofer als zuständiger Minister bis heute kein ausreichendes
292 Sofortprogramm vorgelegt. Das zeigt einmal mehr: Die Union verspielt unsere
293 Zukunft!

294 Um den Gebäudebestand bis 2035 klimaneutral zu gestalten, muss die geplante
295 Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sofort erfolgen und die
296 energetische Gebäudesanierung und den Einsatz erneuerbarer Heizenergien
297 beschleunigen.

298 Das GEG wollen wir dahingehend anpassen, dass ab 2023 im Neubau der Einsatz von
299 fossilen Öl- und Gasheizungen nicht mehr möglich ist und die Gebäude den KfW-40-
300 Effizienzstandard erfüllen. Das ist bereits heute für einen Großteil der
301 Neubauten der Fall und technisch kein Problem.

302 Doch auch im Gebäudebestand haben fossile Heizsystem keine Zukunft, sodass es
303 auch hier ab 2024 keinen Einbau neuer Öl- und Gasheizungen mehr geben darf. Das
304 ist eine große Herausforderung, denn nicht mal 20% des Gebäudebestands
305 entsprechen den aktuellen energetischen Sanierungsstandards. Mit der kostenlosen
306 Erstellung verpflichtender Sanierungsfahrpläne zeigen wir für jedes Gebäude den
307 Weg zur Klimaneutralität auf. Für die Förderung von energetischer
308 Gebäudesanierung und erneuerbarer Wärme in Gebäuden möchten wir deshalb die
309 "Bundesförderung effiziente Gebäude" auf 12 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen.
310 Klimaschonende Alternativen wie Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets
311 bringen wir damit schneller in die Wohnungen und Häuser.

312 Für Haushalte mit niedrigen Einkommen wollen wir darüber hinaus eine erhöhte
313 Förderung für den Austausch von Öl- und Gasheizungen ansetzen. Außerdem möchten
314 wir die Heizkostenverordnung so verändern, dass die CO₂-Preis-bedingten
315 Mehrkosten fürs Heizen nicht mehr auf Mieter:innen umgelegt werden dürfen. Denn
316 nur die Vermieter:innen können die Heizungsanlage eines Gebäudes austauschen und
317 damit den CO₂-Ausstoß je verbrauchter Kilowattstunde beeinflussen! Sozialer
318 Kälte – im wahrsten Sinne des Wortes – erteilen wir eine klare Absage.

319 Fern- und Nahwärme aus klimaschonenden Energieträgern hat großes Potenzial, um
320 ganze Quartiere zu versorgen und die Wärmeversorgung von einer privaten zu einer
321 öffentlichen Aufgabe zu machen. Die Länder sollen deshalb schrittweise zur
322 Durchführung kommunaler Wärmeplanungen für alle Gemeinden, beginnend bei den
323 bevölkerungsstärksten, verpflichtet werden. Hierdurch können Fern- und
324 Nahwärmenetze deutlich besser geplant werden. Durch den verstärkten Einsatz von
325 Großwärmepumpen, Solar- und Geothermie, industrieller Abwärme und grünem
326 Wasserstoff wollen wir den Anteil klimafreundlich erzeugter Wärme bis 2030
327 mindestens verdoppeln.

328 **4. Verkehrswende**

329 "Autogerecht" sollten sie sein: Mitte des 20. Jahrhunderts orientierte sich die
330 Stadtplanung vor allem am motorisierten Individualverkehr. Das hatte gute Gründe
331 - passt aber nicht mehr in unsere Lebensrealität. Die Mobilität der Zukunft muss
332 klimaschonend gedacht werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dafür
333 soll ein neues Bundesmobilitätsgesetz sorgen - dieses beinhaltet Ziele für mehr
334 Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität in Städten und
335 Dörfern.

336 Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist ein wichtiges Planungsinstrument für
337 Schiene, Straße und Wasserwege. Bisläng folgt er der Logik, dort auszubauen, wo
338 Engpässe zu vermuten sind. Das ist jedoch nicht zeitgemäß - im BVWP 2030 sind
339 zahlreiche Aus- und sogar Neubauprojekte von Bundesfernstraßen enthalten und
340 ignoriert das sogenannte Verkehrsparadoxon: Wo bessere Infrastruktur
341 bereitsteht, entwickelt sich mehr Verkehr. Klimaneutralität lässt sich so nicht

342 erreichen. Wir fordern deshalb einen "Klimacheck" für den
343 Bundesverkehrswegeplan: Sämtliche im BVWP gelisteten Projekte sollen darauf
344 untersucht werden, ob sie klimaschonenden Verkehr fördern. Danach werden sie neu
345 priorisiert oder aus den Bedarfsplänen gestrichen.

346 Ab dem Jahr 2030 wollen wir keine Fahrzeuge mit fossilem Verbrennungsmotor mehr
347 zulassen – eine großer Herausforderung für das Automobilland Deutschland.
348 Dennoch ist das der richtige Schritt: Zum einen wird der klassische Verbrenner
349 schon bald international nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Wer sich an diese
350 Technologie von gestern klammert, riskiert, dass Deutschland seine führende
351 Rolle in der Autoindustrie verliert. Zum anderen sind fossile Verbrenner mit der
352 Maßgabe Klimaneutralität bis 2035 nicht vereinbar. Automobilunternehmen,
353 Zulieferbetriebe und vor allem die dort Beschäftigten sollen diesen Prozess
354 mitgestalten. Wir wollen diese Gruppen bereits 2022 mit Vertreter:innen aus
355 Politik und Umweltverbänden an einen Tisch bringen. Nach dem Vorbild der
356 "Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" (kurz:
357 Kohlekommission) sollen sie gemeinsam Vorschläge für einen sozialverträglichen
358 Verbrennerausstieg erarbeiten.

359 Im Individualverkehr erweist sich E-Mobilität als effizient. Bis 2025 sollen
360 mindestens 5 Millionen, bis 2030 mindestens 15 Millionen batterieelektrische PKW
361 auf den Straßen unterwegs sein. Die Kfz-Steuer wollen wir so umbauen, dass sich
362 der Kauf eines E-Autos gegenüber dem eines Verbrennerfahrzeugs auch dauerhaft
363 und spürbar finanziell lohnt. Kaufprämien wollen wir dagegen auslaufen lassen,
364 da sie vor allem eine Subvention für Gutverdienende sind. Die Förderung von
365 Plug-In-Hybriden muss bereits im nächsten Jahr auslaufen; die Förderung
366 vollelektrischer Fahrzeuge in einem angemessenen zeitlichen Abstand zum
367 Verbrenner-Aus. Mit den freiwerdenden Mitteln wollen wir stattdessen den ÖPNV
368 stärken und in einen Ausbau der Ladeinfrastruktur investieren. Mit einem neuen
369 Masterplan Ladeinfrastruktur wollen wir den Aufbau von genügend
370 Lademöglichkeiten beschleunigen und insbesondere strukturell-unterversorgt
371 Gruppen, wie die Menschen im ländlichen Raum, Mieter:innen und
372 Berufspendler:innen am Arbeitsplatz in den Fokus rücken.

373 Eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur sorgt nicht nur für eine schnellere
374 Verkehrswende, sondern trägt auch zur Stabilität eines zukünftigen
375 Energiesystems bei: Unter dem Stichwort der Sektorenkopplung – also der
376 Vernetzung aller Bereiche des Energiesystem – wollen wir das volle Potenzial der
377 E-Mobilität nutzen und batterieelektrische Fahrzeuge in einem digitalisierten
378 Stromnetz zur Zwischenspeicherung von überschüssigem Strom oder zur
379 Netzstabilisierung („Demand Side Management“/ „Spitzenglättung“) einsetzen.

380 Grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollten mit Blick auf deren
381 Energieeffizienz dagegen mit Bedacht eingesetzt werden und dem Langstrecken- und
382 Schwerlastverkehr sowie Flugzeugen und Schiffen vorbehalten bleiben. Die Zukunft

383 ist elektrisch!

384 Das eigene Auto ist auf Pendelstrecken, für die Arbeit und viele andere
385 Situationen wichtig, gerade im ländlichen Raum. Um die Verkehrswende zu
386 schaffen, wollen wir das Privatfahrzeug wie auch Kurzstreckenflüge Schritt für
387 Schritt überflüssig machen. Car-, Bike- und sonstige Sharing-Angebote wollen wir
388 ausweiten. Gerade im ländlichen und vorstädtischen Raum sollen die Kommunen,
389 Landkreise und Stadtwerke dafür zusammen Konzepte entwickeln.

390 Wir fordern eine Schienenoffensive, die Deutschlands Bahninfrastruktur ins 21.
391 Jahrhundert holt und Verspätungen und Störungen der Vergangenheit angehören
392 lässt. Zwar wurden die Bundes-Investitionen in den letzten Jahren deutlich
393 angehoben, im europäischen Vergleich hinkt Deutschland dennoch hinterher: 2020
394 steckte Deutschland 88 Euro pro Bürger:in ins Schienennetz - Norwegen 228, die
395 Schweiz 440, Luxemburg gar 567 Euro. Deutschland darf den Anschluss nicht
396 verlieren und muss bei den Investitionssummen nachziehen.

397 Der Schienenverkehr muss vor allem im ländlichen Raum wieder einen höheren
398 Stellenwert bekommen, um allen Menschen ein effizientes öffentliches
399 Mobilitätsangebot machen zu können. Deshalb wollen wir stillgelegte Bahnstrecken
400 reaktivieren und mit einer angemessenen Taktung ausstatten. Bahnhöfe wollen wir
401 zu barrierefreien und vitalen Mobilitätsknotenpunkten in Verbindung mit
402 Bushaltestellen, Park + Ride-Plätzen mit Ladestationen für die E-Mobilität, Car-
403 und Bike-Sharing-Angeboten sowie Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten
404 weiterentwickeln. Um auch im Fernverkehr eine echte Alternative zum Flugzeug zu
405 sein, müssen das Schnellzug- und das Nachtzugnetz ausgeweitet bzw. aufgebaut
406 werden.

407 Um den Gütertransport zu dekarbonisieren und die Autobahnen zu entlasten, wollen
408 wir wieder mehr Güter auf der Schiene transportieren. Viele Unternehmen haben
409 daran bereits heute ein großes Interesse, werden aber durch eine mangelhafte
410 Infrastruktur ausgebremst. Dafür müssen die Fördermittel des Bundes deutlich
411 aufgestockt werden.

412 Insgesamt müssen insbesondere Raumordnungsverfahren und
413 Umweltverträglichkeitsprüfungen für Schienenprojekte deutlich vereinfacht
414 werden, um unmittelbare bauliche Fortschritte erzielen zu können.

415 Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver machen. Die Taktung
416 von Bussen und Bahnen soll dauerhaft erhöht werden. In Großstädten soll der 5-
417 Minuten Takt die Regel sein, in Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in
418 ländlichen Gebieten mindestens der 1-Stunden-Takt. Außerdem möchten wir zwischen
419 5 und 24 Uhr eine Mobilitätsgarantie einführen: In diesem Zeitraum sollen ÖPNV-
420 Angebote an allen Wochentagen überall nutzbar sein. Um das zu realisieren,
421 setzen wir neben klassischen Fahrplänen auf "On-Demand-Services" – telefonisch

422 oder via App können so bei Bedarf beispielsweise Kleinbusse bestellt werden.

423 Wir kämpfen für einen ticketlosen, also komplett gebührenfreien Nahverkehr, denn
424 Mobilität ist für uns kein privates Anliegen, das vom eigenen Geldbeutel oder
425 Wohnort abhängt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und die
426 Grundvoraussetzung von Teilhabe.

427 Als Zwischenschritt befürworten wir 365 Euro-Jahrestickets pro Bundesland und
428 vergleichbare Modelle, die insbesondere Kindern und Jugendlichen – die
429 zwangsläufig ohne eigenen PKW mobil sein müssen – eine adäquate und günstige
430 Mobilitätsoption an die Hand gibt.

431 Kommunen wollen wir zur Finanzierung des ÖPNV eine weitere Einnahmequelle
432 ermöglichen: Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen mit 10 oder mehr
433 Mitarbeiter:innen. Nach dem Vorbild Frankreichs können Kommunen dann selbst
434 entscheiden, diese Abgabe zu erheben. Auch die jeweilige Höhe wird von der
435 Gemeinde festgelegt.

436 **5. Industriewende**

437 Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts verlangt eine
438 Wirtschaftspolitik, die Betriebe wie Beschäftigte bei der Transformation
439 unterstützt. Die Dekarbonisierung wird nur zum Erfolg, wenn auch die
440 Energiewende gelingt, denn unsere Stromproduktion muss nicht nur klimaneutral
441 geschehen, sondern auch für den steigenden Stromverbrauch der Industrie
442 ausgebaut werden. Manche Industrieanlagen werden bald einen Offshore-Windpark
443 für sich alleine brauchen. Darauf muss kluge Wirtschaftspolitik vorausschauend
444 reagieren.

445 Grund für den steigenden Strombedarf ist vor allem die Nutzung von Wasserstoff
446 als Energieträger in der Industrieproduktion. Damit dieser auch klimaneutral
447 erzeugt wird, wir also von "grünem Wasserstoff" sprechen können, bedarf es einer
448 neuen Wasserstoffstrategie. Eine Wasserstoffstrategie 2.0 muss Bedarfe ehrlich
449 erfassen, entsprechende Ziele formulieren und letztlich zu deren Umsetzung
450 beitragen. Dabei spielen neben der Produktion auch Transport und Lagerung eine
451 zentrale Rolle. Lange wurde der zukünftige Strombedarf zu geringgeschätzt und so
452 wichtige Zeit verloren. Mit der Stromlüge muss nun Schluss sein und das
453 Industrieprojekt klimaneutrales Deutschland endlich angepackt werden.

454 Aber auch an der Substanz der deutschen Industrie werden massive Veränderungen
455 nötig. Mehr als die Hälfte aller energieintensiven Industrieanlagen werden neu
456 gebaut werden müssen. Damit Industrieabwanderung vorgebeugt und Lock-In-Effekte
457 verhindert werden können, müssen die entsprechenden wirtschaftspolitischen
458 Rahmenbedingungen geschaffen werden.

459 Ein Mittel dafür können Klimaschutzverträge bzw. "Carbon Contracts for
460 Difference" sein. Solche Verträge zwischen dem Bund und einem Unternehmen sorgen
461 für Planungssicherheit, minimieren Risiken und beschleunigen den Wandel zur
462 klimaneutralen Wirtschaft. Für Anschaffung und Betrieb klimaneutraler
463 Technologien wird eine feste Prämie pro vermiedener Tonne CO₂-Äquivalente
464 festgelegt, die CO₂-Vermeidungskosten gegenüber klimaschädlichen
465 Referenzinvestitionen kompensiert. Kurzum: Klimaschutzverträge kurbeln
466 Investitionen in klimaneutrale Industrieanlagen massiv an. Ändern sich die
467 Rahmenbedingungen während der Vertragslaufzeit, beispielsweise durch steigende
468 CO₂-Preise, wird der Vertrag entsprechend angepasst. Das Schließen solcher
469 Klimaschutzverträge muss dabei an Faktoren wie dem CO₂-Vermeidungs- und
470 Transformationspotential gemessen werden.

471 Doch auch mit einem Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien lässt sich ein
472 lineares Wirtschaftssystem nicht nachhaltig betreiben. Viel mehr braucht es eine
473 Kreislaufwirtschaft, die dem Grundsatz „Cradle To Cradle“ folgt und die
474 Vermeidung von Abfällen durch ein konsequentes Wertstoff-Denken voranbringt: Nur
475 wenn wir alle Materialien für Konsum und Produktion so designen, dass sie
476 Grundlage für weiteres Wirtschaften anstatt für eine Sondermüll-Entsorgung sind,
477 können wir die steigende Inanspruchnahme von Land, Energie und Primärrohstoffen
478 wirksam stoppen und umkehren.

479 Vor allem der Bausektor spielt als größter Ressourcenverbraucher dafür eine
480 entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb auf eine klare Vorfahrt für die
481 Sanierung und den Erhalt von Gebäuden und eine Standortpolitik, die
482 Infrastruktur und Menschen auch in ländlichen Räumen hält, anstatt dem
483 Urbanisierungs-, und damit Neubauzwang, weiter folgt. Für uns ist klar: Das
484 nachhaltigste Gebäude ist das, was schon steht!

485 Doch auch in Zukunft lässt sich Bauen nicht vollständig vermeiden, sodass wir
486 hier dringend eine andere Rohstoffpolitik brauchen: Anstatt mineralische
487 Baustoffe wie Beton oder Stahl einzusetzen, die nur unter hohem Energieaufwand
488 und mit dem Abbau von Rohstoffen hergestellt werden können, setzen wir auf
489 nature-based solutions wie das Bauen mit Holz, Stroh, Hanf oder anderen
490 nachhaltigen Bau- und Dämmstoffen. Denn diese vermeiden nicht nur
491 Energieverbrauch und Emissionen, sondern können langfristig Kohlenstoff in sich
492 speichern und zum Aufbau kreislauffähiger Ökosysteme beitragen.

493 Auch der Rückbau von Gebäuden muss viel stärker in den Mittelpunkt gerückt
494 werden und direkt beim Neubau bedacht werden. So wollen wir gemeinsam mit dem
495 Beantragen einer Baugenehmigung die Pflicht zur Erstellung eines Rückbauplans
496 einführen, der eine klare Perspektive für die Weiterverwendung der in einem
497 Gebäude eingesetzten Rohstoffe nach dem Abriss definiert und nicht-
498 recyclingfähige Baustoffe schrittweise verbietet.

499 **6. Finanzwende**

500 An der Finanzierung darf ein klimaneutrales Deutschland nicht scheitern. Diese
501 industrielle Revolution verlangt deshalb eine Finanzpolitik, die mutig anpackt.
502 Die dafür notwendigen Mittel können Bund und Länder vielfach aus ihren
503 Steuereinnahmen decken. Wo das nicht der Fall ist, muss sich unsere
504 Fiskalpolitik den Anforderungen anpassen. – Die schwarze Null darf den Weg zur
505 Klimaneutralität nicht gefährden!

506 Der einfachste Weg, um Mittel für Investitionen in ein klimaneutrales
507 Deutschland zu gewinnen und gleichzeitig schon aktiv etwas für den Klimaschutz
508 zu tun, liegt im

509 Abbau der klimaschädlichen staatlichen Subventionen. Allein auf Bundesebene sind
510 das pro Jahr über 50 Milliarden Euro. Erfasst sind also genauso wenig
511 Subventionen der Länder und Kommunen wie nicht-finanzwirksame also indirekte
512 Subventionen beispielsweise durch Bürgschaften. Um das 1,5-Grad-Ziel zu halten,
513 müssen alle Formen klimaschädlicher Subventionen abgebaut werden – dazu zählen
514 insbesondere die Kerosinsteuerbefreiung, die Entfernungspauschale oder das
515 Dieselprivileg.

516 Dennoch ist klar, dass die überwältigende Mehrheit der eingesetzten Mittel
517 private Investitionen sein werden. Deshalb befürworten wir eine ambitionierte
518 Ausgestaltung der EU-Taxonomie, die einen klaren Rechtsrahmen für nachhaltige
519 Geldanlagen definiert.

520 **7. Agrarwende**

521 Der Fortbestand der landwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland und Europa
522 ist auf dramatische Art und Weise gefährdet: Während die Landwirtschaft die
523 Klimakrise durch CO₂-, Methan-, und Lachgasemissionen weiter anheizt, ist sie
524 gleichzeitig wie kein anderer Sektor von den Folgen der Erderhitzung betroffen.
525 Drei Dürresommer in Folge, Überschwemmungen, das Sinken des Grundwasserspiegels
526 - Bäuerinnen und Bauern spüren die Auswirkungen der Klimakrise tagtäglich.
527 Gleichzeitig hat u.a. eine einseitige Fokussierung auf den globalen Wettbewerb
528 dazu geführt, dass auch das Geschäftsmodell des Großteils landwirtschaftlicher
529 Betriebe nicht mehr nachhaltig ist. So ist die Zahl der Betriebe in nur 50
530 Jahren von 1,1 Millionen (alte BRD) auf nur noch 263.500 gesunken. Und wir
531 verlieren weitere 2-3% unserer Betriebe - jährlich! Die Landwirtschaft befindet
532 sich damit nicht nur in einer ökologischen, sondern auch ökonomischen und
533 sozialen Krise. Das wollen wir ändern. Denn der Agrar- und Forstsektor ist der
534 einzige Sektor, der sogar klimapositiv werden und damit einen herausragenden
535 Beitrag zum Erreichen der Klimaziele beitragen kann!

536 Deshalb stellen wir uns hinter die kürzlich veröffentlichten Empfehlungen der
537 Zukunftskommission Landwirtschaft und wollen eine entschlossene Agrarwende

538 umsetzen. Agrarsubventionen rein nach Fläche, so wie sie heute noch
539 hauptsächlich ausgezahlt werden, müssen zügig und planbar abgeschafft werden.
540 Stattdessen braucht es eine schrittweise vollständige Umwandlung in Zahlungen,
541 welche die Bereitstellung und den Schutz öffentlicher Güter fördern und
542 schützen. Unsere Landwirtschaftspolitik folgt dem Motto: Öffentliches Geld für
543 öffentliche Leistungen statt privater Gewinne! Nur auf diesem Weg wird es
544 gelingen, die immense Ungleichverteilung öffentlicher und zumeist nicht
545 nachhaltiger Subventionen zu stoppen und langfristig gute Einkommen für
546 Bäuerinnen und Bauern zu sichern. Es muss erklärtes Ziel sein, die Anzahl an
547 Betrieben wieder zu steigern, beispielsweise durch einen privilegierten Zugang
548 zu landwirtschaftlichen Böden für Junglandwirt:innen und eine degressive Hektar-
549 basierte Startprämie.

550 Wir setzen uns für faire Marktbedingungen für Landwirt:innen ein und wollen die
551 oligopolistischen Strukturen im Lebensmittelhandel aufbrechen. Insbesondere die
552 Förderung der Direktvermarktung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die
553 Geringschätzung von guten und gesunden Lebensmitteln und Billigpreise müssen der
554 Vergangenheit angehören.

555 Die hauptsächliche Verwendung von saisonalen, regionalen und überwiegend
556 pflanzenbasierten, Produkten in öffentlichen Einrichtungen sollte deshalb
557 zukünftig selbstverständlich sein.

558 Im Moment landet ein Drittel der Lebensmittel in Deutschland im Müll. Wir sagen:
559 Lebensmittel sind zu gut für die Tonne! Es braucht deshalb eine Verpflichtung
560 für den Lebensmittelhandel, noch genießbare Lebensmittel zu spenden. Das Retten
561 dennoch weggeschmissener Nahrungsmittel (sog. Containern) muss darüber hinaus
562 entkriminalisiert werden.

563 Eine starke Reduktion des Tierbestandes und des Konsums tierischer Lebensmittel,
564 insbesondere mindestens eine Halbierung des Fleischkonsums, ist der effektivste
565 Weg, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. So können wir auf den Import
566 großer Mengen an Futtermitteln, vorrangig aus Südamerika, verzichten und die
567 Stoff- und Futterkreisläufe wieder selbst schließen. Massentierhaltung auf der
568 einen und ein zu geringer Viehbesatz auf der anderen Seite gehören so endlich
569 der Vergangenheit an. Wir streben einen Viehbesatz von 1-2 Großvieheinheiten
570 (GVE) je Hektar und gleichzeitig vorrangig eine Grünlandhaltung an. Das bedeutet
571 nicht nur ein artgerechte Haltung unseres Viehs, sondern auch den sukzessiven
572 Aufbau neuer Grünlandflächen als artenreichste Biotop und starke
573 Kohlenstoffsinken.

574 Wichtig ist, die Agrarwende ganzheitlich zu denken und die globalen Folgen der
575 deutschen und europäischen Landwirtschafts- und damit auch Handelspolitik im
576 Blick zu haben. Eine maßgebliche Verringerung des globalen Fußabdrucks der
577 deutschen Landwirtschaft muss durch eine fast vollständige Verwendung von

578 regionalen Futtermitteln erzielt werden. Es braucht darüber hinaus einen
579 Einfuhrstopp von Agrar-Produkten, die im Ausland die Umwelt zerstören und
580 Menschenrechte verletzen. Klar ist auch: das Mercosur-Abkommen muss weiterhin
581 verhindert werden. Die SPD muss sich mit ganzer Kraft gegen ausbeutende und neo-
582 kolonialistische Handelspraktiken einsetzen!

583 Mit einer vorrangig pflanzenbasierten Ernährung ist auch eine stärkere
584 Ausweitung des Ökolandbaus vorstellbar. Wir streben eine Ausweitung des
585 ökologischen Landbaus auf mindestens 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche
586 bis 2030 an. Durch diese Umstellung und weitere technische Anpassungen lässt
587 sich der Einsatz mineralischer Düngemittel bis 2030 um mindestens 20%
588 reduzieren, wodurch 80% der Lachgasemissionen vermieden werden können.

589 Aktiv gefördert werden muss das einzigartige Potential der Landwirtschaft,
590 Treibhausgase in Böden und Feuchtgebieten zu speichern. Deshalb braucht es eine
591 ganzheitliche Förderung zum nachhaltigen Humus-Aufbau und vor allem zum
592 Wiedervernässen von Mooren. Insbesondere das Wiedervernässen als Maßnahme mit
593 der höchsten Klimaschutzwirksamkeit ist in der aktuellen nationalen
594 Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nicht vorgesehen -
595 das ist inakzeptabel! In Deutschland sind 95% der Moore entwässert. Subventionen
596 für die intensive Bewirtschaftung solcher entwässerten Feuchtgebiete müssen
597 umgehend beendet werden. Insbesondere der Abbau von Torfflächen und die Nutzung
598 von Torf haben einen umfangreichen Beitrag zur Klimaerwärmung, da hierbei große
599 Mengen CO₂ frei werden. Daher muss beides in Deutschland und ganz Europa
600 verboten werden. Durch eine entsprechende kluge und nachhaltige Behandlung von
601 Feuchtgebieten, die lediglich 4% der deutschen landwirtschaftlichen Fläche
602 ausmachen, könnten insgesamt 25% der landwirtschaftlichen Emissionen eingespart
603 werden. Eine nachhaltige Bewirtschaftung kann durch Paludikultur gelingen, also
604 die nasse Bewirtschaftung von Mooren. Beispiele sind der Anbau von ökologischen
605 Bau- und Dämmstoffen, Biomasse zur Energiegewinnung oder auch Torfmoos als
606 Torfersatzstoff.

607 Das Potential unserer Wälder als Kohlenstoffsene muss gesteigert und nicht noch
608 weiter gemindert werden. Dafür entscheidend ist auch die progressive Gestaltung
609 der EU-Taxonomie. Es muss verhindert werden, dass das Verfeuern von Biomasse als
610 „nachhaltig“ eingestuft wird und so falsche Anreize zur Abholzung gesetzt
611 werden.

612 Ein besonderes Augenmerk muss auch auf dem Aufbau von Agroforststrukturen
613 liegen, also der gleichzeitigen Bewirtschaftung mit Gehölzen, Acker und/oder
614 Tieren auf einer Fläche. Denn solche Systeme können immense Vorteile haben für
615 Bäuerinnen und Bauern (im Sinne einer Produkt- und Einkommensdiversifizierung),
616 den ländlichen Raum (durch den Aufbau regionaler Märkte) sowie das Klima und
617 die Biodiversität. 10% aller landwirtschaftlichen Flächen (und nicht nur des
618 Ackerlands) müssen zum Schutz der Artenvielfalt in nicht-produktive Flächen
619

umgewandelt werden.

620 Klar ist: Nicht bei allen Umwandlungen landwirtschaftlicher Flächen zu Klima-
621 und Biodiversitätszwecken ist eine alternative Nutzung, vor allem mit demselben
622 finanziellen Ertrag wie vor der Umwandlung, möglich. Wir fordern deshalb die
623 Einrichtung eines "Klimaretter:innen-Fonds", welcher die finanziellen Ausfälle
624 der Landwirt:innen kompensiert.

625 **8. Internationale Klimapolitik**

626 Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung, die sich nicht national lösen
627 lässt. Nur wenn es uns gelingt, die globalen Emissionen bis 2030 um 45% im
628 Vergleich zu 2010 zu reduzieren und bis 2050 global Klimaneutralität zu
629 erreichen, können wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem
630 vorindustriellen Niveau begrenzen. Die Grundlage dafür ist die Einhaltung eines
631 global noch verfügbaren CO₂-Budgets von 400Gt CO₂ (und Budgets für verschiedene
632 andere Treibhausgase), das eine 67% Wahrscheinlichkeit liefert, das 1,5 Grad
633 Ziel einzuhalten. – Das ist angesichts von gut 36Gt globalem CO₂-Ausstoß pro
634 Jahr sehr wenig, aber mit ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen einhaltbar.

635 Im Pariser Abkommen bekennen sich alle Staaten dazu, dieses Ziel zu erreichen.
636 Dafür haben sie einen klaren Mechanismus festgelegt: Statt von Anfang an
637 verpflichtende Emissionsminderungen für jedes Land festzulegen, geben die
638 Staaten sich selbst Ziele („NDCs“), mit der Maßgabe, sie alle fünf Jahre zu
639 verschärfen. Doch nicht alle Staaten kommen dieser Verpflichtung in
640 ausreichender Weise nach, sodass die Welt laut einer aktuellen Analyse der
641 Vereinten Nation bis zum Ende des Jahrhunderts immer noch auf 2,7 Grad
642 Erderwärmung zusteuert.

643 Um mehr Verbindlichkeit in der globalen Klimapolitik zu erreichen, hat Olaf
644 Scholz die Gründung eines Klimaclubs vorgeschlagen. In diesem Club schließen
645 sich Staaten mit gemeinsamen Klimaschutzambitionen, um einheitliche
646 Wettbewerbsbedingungen für eine klimaneutrale Umgestaltung der Industrie zu
647 schaffen und so das Race To The Bottom bei Umweltschutzstandards zu beenden.

648 Die Vereinbarungen innerhalb eines solchen Klimaclubs sollten insbesondere
649 umfassen:

- 650 • gesetzlich festgeschriebene ambitionierte Zwischenziele zur
651 Emissionsminderung in den teilnehmenden Staaten und eine Verpflichtung zur
652 Klimaneutralität bis spätestens 2050

- 653 • ein gemeinsames Emissionshandelssystem

- 654 • verbindliche Standards für die umweltverträgliche Förderung von Rohstoffen
655 und den Umgang mit sensiblen Ökosystemen, insbesondere Regenwäldern,
656 Grünland, Mangroven und Meeren
- 657 • eine Kooperation im Bereich von Zukunftstechnologien, insbesondere zur
658 Herstellung von grünem Wasserstoff, zu Energiespeichern sowie zur Nutzung
659 und Abscheidung von Kohlenstoff (CCUS-Technologien)

660 Die Klimakrise hat aber auch eine historische Dimension. Denn die Staaten, die
661 bereits heute am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen,
662 haben in der Vergangenheit die geringsten Emissionen gehabt. Deshalb ist ein
663 Kernbestandteil der jährlichen Klimaverhandlungen die Unterstützung ärmerer
664 Staaten bei Klimaschutz und Klimaanpassung. Dafür haben die entwickelten Länder
665 ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar verbindlich zugesichert, ohne jedoch
666 diese Zusage einzuhalten. Deutschland muss als historisch viertgrößter Emittent
667 von Treibhausgasen seiner Verpflichtung nachkommen und seinen Beitrag zur
668 globalen Klimafinanzierung nochmals aufstocken.

669 Ebenso liegt es in der historischen Verantwortung Deutschlands, möglichst
670 schnell Klimaneutralität zu erreichen und damit nicht weiter zur Aufzehrung des
671 globalen Treibhausgasbudgets beizutragen. Unser Ziel ist ein klimaneutrales
672 Deutschland bis 2035.

Begründung

Erfolgt mündlich.